

3. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 29.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

24 7 **Bekanntgabe der in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Umwelt- und Energieausschusses gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Eine Beschlussfassung wurde nicht veranlasst.

Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 30.10.2008

25 7 Beschluss: 7:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 30.10.2008, die den Umweltausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung vom 18.06.2009 zugestellt wurde, wird genehmigt.

Energiesparförderprogramm; Änderungen der Richtlinien und des Antragsformulars

Aufgrund der Vereinfachung und besseren Verständlichkeit des Programms sollen folgende Punkte redaktionell geändert werden. Der Aktenvermerk des Umweltamtes vom 11.05.2009 und eine Gegenüberstellung der alten und zu ändernden Punkte wurden den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt.

1. Richtlinien:

Inhaltsverzeichnis: Erweiterung + Angabe der Seitenzahl

1.3 Wichtige Hinweise: eingefügt wird der Zusatz „Fertigstellung der Maßnahme“

2.1 Wärmedämmung – Vorbemerkung:

- Der Satz „Nach Abschluss der Maßnahme ist die Bestätigung der Einhaltung der geforderten maximalen Wärmedurchgangszahl durch eine Fachfirma oder durch ein Ingenieurbüro vorzulegen.“ wird ersetzt durch: „Die Einhaltung der geforderten maximalen Wärmedurchgangszahl der einzelnen Bauteile ist durch die technische Produktbeschreibung (Zertifikat) oder durch Bestätigung einer Fachfirma nachzuweisen.“

Begründung: oftmals ist den technischen Produktbeschreibungen die entsprechende Wärmedurchgangszahl zu entnehmen, eine Bestätigung durch eine Fachfirma kann dann entfallen.

- Beim Ausschluss von Materialien/Stoffen entfällt der Einsatz von PVC, weil nach Aussage der SWM Versorgung GmbH heute jedes moderne Kunststofffenster PVC enthält.
- Die Tabelle mit den Höchstwerten der Wärmedurchgangszahl U_{\max} wird wie folgt geändert:

3. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 29.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Die Jahreszahl bei der EnEV entfällt, anstelle dessen wird der Zusatz angebracht: „Energieeinsparverordnung (aktueller Stand)“.
 - Die Spalte „Dämmstärke“ entfällt, da sie von vielen Antragstellern als alleiniger Nachweis für die Einhaltung des U_{\max} verstanden wurde, was laut Aussage von Fachleuten nicht richtig ist (die Dicke der Dämmung ist nur als Annäherungswert zu verstehen).
 - Aus dem Grund wird nochmals darauf hingewiesen, dass ein Nachweis für die Wärmedurchgangszahl erforderlich ist.
 - Dieser Hinweis auf den Nachweis wird auch bei den einzelnen Maßnahmen wiederholt. Die Maßnahmen werden besser getrennt und beim Fens-
teraustausch wird der Haftungsausschluss der Gemeinde präzisiert.
 - Bei Dächern/Dachböden wird bei der Förderhöhe der Zusatz „50% / max.
500 €“ eingefügt werden, da beim Selbstbau oft Kosten unter 500 € anfal-
len. Durch den Zusatz ist sichergestellt, dass nicht ein Anspruch auf 500 €
besteht.
- Der übrige Teil der Richtlinien bleibt unverändert.

2. Antragsformular

2 Angaben zum Gebäude: Das Baujahr wird eingefügt (wichtig für die Maß-
nahme Wärmedämmung – nur Altbauten).

3.1 Wärmedämmung:

Bei den geforderten U_{\max} -Werten wird die Benennung $W/m^2 \times K$ eingefügt, weil
dadurch klarer wird, dass hier der Wert eingetragen werden muss (was in der
Vergangenheit in den seltensten Fällen gemacht wurde).

Da oftmals mehrere Maßnahmen gleichzeitig beantragt werden, wurden diese
auch getrennt bei der Kostenangabe bzw. Fördersumme.

Bei den geforderten Anlagen zu Punkt 3.1 werden die bisherigen „Nachweise
über die Wärmeleitfähigkeitsgruppen der Dämmstoffe“ und „Berechnung der
Wärmedurchgangszahl der verwendeten Bauteile“ ersetzt durch: „Nach-
weis(e) über die Wärmedurchgangszahl U_{\max} der verwendeten Bauteile.“

Begründung: Beide Nachweise wurden eh nie beigefügt, einer genügt daher.

→ Der übrige Teil des Antragsformulars bleibt unverändert.

26

7

Beschluss: 7 : 0

Den vorgeschlagenen Änderungen der Richtlinien und des Antragformulars
des Energiesparförderprogramms zum 1. Juli 2009 wird zugestimmt.

Az.: 861/3
3.3

3. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 29.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Vollzug der Baumschutzverordnung (BSchV); Antragsformular, Bescheid, Zuständigkeit

An den Gemeinderatsbeschluss vom 12.03.2009, Nr. 188, wurde erinnert. Der Gemeinderat stimmte darin dem Antrag der Agenda'21 auf Erlass einer Baumschutzverordnung zu.

Für den Vollzug der BSchV sind noch folgende Punkte zu klären:

1. Zustimmung zum Antragsformular, Bescheid und zur Ersatzmitteilung
2. Klärung der Zuständigkeit

Der Aktenvermerk des Umweltamtes vom 27.05.2009 mit den Formularen zu Punkt 1 wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Zu Punkt 2 (Zuständigkeit):

Gemäß § 5 Abs. 3 BSchV ist die Gemeinde für die Erteilung der Genehmigung zuständig.

Nach § 6 Abs. 1 BSchV kann die Genehmigung unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden.

Für den Vollzug der BSchV ist demzufolge noch zu klären, wer zuständig ist für die Erteilung (oder Nicht-Erteilung) der Genehmigung und für die Erteilung von Auflagen (Ersatzpflanzung bzw. Ausgleichszahlung) – das Umweltamt, der Fachbereich Bau und Umwelt (Fachbereichsleiter) oder der Umweltausschuss?

Ein Rechtsanspruch auf Fällung besteht nach § 5 Abs. 1 BSchVO, wenn

- aufgrund anderer Rechtsvorschriften ein Anspruch darauf besteht („Baugenehmigung“) oder
- die gewerbliche Nutzung unzumutbar beeinträchtigt wird oder
- der Baum seine Schutzwürdigkeit verloren hat (Nachweis!) oder das vorhandene Gebäude unzumutbar beeinträchtigt wird (kein Schatten- oder Laubfall).

Probleme sind dann aber zu erwarten, wenn es um Ersatzpflanzungen oder Ausgleichszahlungen geht, denn diese unterliegen dem Ermessen der Gemeinde („kann“-Bestimmung des § 6 BSchVO: „Die Genehmigung kann unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden“ – muss aber nicht!).

Auch § 5 Abs. 2 BSchVO birgt ein Streitpotential, denn das Entfernen oder Verändern geschützter Bäume kann im Einzelfall genehmigt werden, wenn „die Befolgung von Beschränkungen zu einer offenbar nicht beabsichtigte Härte führen würde.“

Laut dem Hinweis zur Rechtsbehelfsbelehrung auf Seite 3 des Bescheids kann gegen diesen Bescheid kein offizieller Widerspruch eingelegt werden, sondern nur eine Klage beim Bayer. Verwaltungsgericht.

3. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 29.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Was aber, wenn sich der Antragsteller an den Bürgermeister oder an einen Gemeinderat wendet, weil er mit dem Bescheid der Verwaltung nicht einverstanden ist? Soll dann der Bürgermeister, der Gemeinderat oder der Umweltausschuss diese strittigen Fälle entscheiden oder bleibt es bei der alleinigen Entscheidung der Verwaltung (Umweltamt)?

27 7 Beschluss: 2 : 5

Dem Antragsformular, dem Bescheid und der Ersatzmitteilung für die Antragsteller werden zugestimmt.

Über die Genehmigung des Fällungs-/Veränderungsantrags und die Erteilung von Auflagen (Ersatzpflanzung, Ausgleichszahlung) entscheidet grundsätzlich das Umweltamt. Gegen den Bescheid des Umweltamtes gibt es nur den Klageweg beim Bayerischen Verwaltungsgericht (siehe Rechtsbehelfsbelehrung).

28 7 Beschluss: 3 : 4

Dem Antragsformular, dem Bescheid und der Ersatzmitteilung für die Antragsteller werden zugestimmt.

Über die Genehmigung des Fällungs-/Veränderungsantrags und die Erteilung von Auflagen (Ersatzpflanzung, Ausgleichszahlung) entscheidet grundsätzlich das Umweltamt. Wird gegen den Bescheid des Umweltamtes Einspruch erhoben, entscheidet über den Vollzug des Antrags zur Vermeidung des Klagewegs beim Verwaltungsgericht der Umweltausschuss. Gegen den Bescheid des Umweltausschusses gibt es dann nur den Klageweg beim Bayerischen Verwaltungsgericht (siehe Rechtsbehelfsbelehrung).

Az.: 173/2
3.30, 3.0

29 7 **Sachstandsbericht zur Errichtung einer unterirdischen Wertstoffsammelstelle vor dem Kindergarten I in der Blumenstraße**

An den Umweltausschussbeschluss vom 30.10.2008, Nr. 19, wurde erinnert. Der Umweltausschuss stimmte darin der Errichtung einer unterirdischen Wertstoffsammelstelle vor dem Kindergarten I in der Blumenstr. 17 zu. Die Verwaltung hat die zur Durchführung der Maßnahme nötigen Spartenpläne eingeholt und dabei festgestellt, dass in dem ganzen geplanten Bereich Versorgungsleitungen vorhanden sind.

Zur Prüfung der Machbarkeit wurden deshalb die Unterlagen an das, für die Sanierung der Blumenstraße zuständige, Ingenieurbüro Bichler und Klingemeier übergeben.

3. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 29.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach Erhalt der Unterlagen wird entschieden, ob die Wertstoffsammelstelle an der geplanten Stelle errichtet werden kann oder ob die derzeitigen oberirdischen Container beibehalten werden.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: 176/3

3.30, 3.20, 3.0, 2.0

Bekanntgaben und Anfragen

Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 12.03.2009 wurde im Vollzug der Lärmaktionsplanung an der Münchner Straße der TÜV-Süd mit der Verkehrszählung und Lärmmessung an drei Messpunkten beauftragt (Münchner Straße 23, Münchner Straße 70 und Münchner Straße 142). Die Messungen werden jeweils im Frühjahr und Herbst durchgeführt. Die Ergebnisse der Frühjahrsmessung wurden bekannt gegeben:

<i>Immissionsort</i>	<i>$L_{night} = 60 \text{ dB(A)}$</i>	<i>$L_{den} = 70 \text{ dB(A)}$</i>
Münchner Str. 23 (Wohnhaus) → 28.000 Kfz/d	63	72
Münchner Str. 70 (Rathaus) → 14.000 Kfz/d	57	67
Münchner Str. 142 (Bauhof) → 14.000 Kfz/d	59	69

Der Nacht-Richtwert (L_{night}) und der Tages-Durchschnittswerts (L_{den}) wurden am Immissionsort Münchner Straße 23 überschritten. Über das weitere Vorgehen wird erst nach Vorliegen der Herbstmessung entschieden.

Gemeinderat Zehetmair kritisiert den Zustand des Wirtschaftswegs nördlich der A 99, der im Zuge der Ausgleichsflächenerrichtung durch die Autobahndirektion sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es gab auch schon eine

3. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 29.06.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ortsbesichtigung mit der Verwaltung (Frau Hofherr, Herr Scholz) und der verantwortlichen Firma May, die aber seiner Meinung nach zu keinem befriedigendem Ergebnis führte. Die Verwaltung wird gebeten, sich nochmals um die Angelegenheit zu kümmern.

Gemeinderat Rott erkundigt sich nach der Möglichkeit einer Reinigung der Biotonnen. Die Verwaltung wird gebeten, die Kosten für eine einmalige Reinigung aller Biotonnen zu ermitteln.

Der Vorsitzende dankt den Zuhörern und der Presse für die Teilnahme und schließt die öffentliche Sitzung um 20.30 Uhr.

Schwarz
Erster Bürgermeister

Kraus
Schriftführer